Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Oktober 2019 (GVBl. S. 310), hat die Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

im Ergebnishaushalt

<i>im ordentlichen Ergebnis</i>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	247.171.000 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	273.193.000 €
mit einem Saldo von	- 26.022.000 €
 <i>im außerordentlichen Ergebnis</i>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.000 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0 €
mit einem Saldo von	1.000 €
 mit einem Fehlbedarf von	 - 26.021.000 €

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	- 17.411.950 €
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	11.521.000 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	32.230.000 €
mit einem Saldo von	- 20.709.000 €
 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	 19.255.000 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	9.770.000 €
mit einem Saldo von	9.485.000 €
 mit einem Finanzmittelfehlbedarf des Haushaltsjahres von	 - 28.635.950 €

festgesetzt.

§ 2 Investitionskredite

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2020 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 19.255.000 € festgesetzt.

Darin sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds Abteilung B bzw. aus dem Kommunalinvestitionsprogramm von 2.255.000 € enthalten.

Der Gesamtbetrag der Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds, über die im Haushaltsjahr 2020 Verträge abgeschlossen werden sollen und die in künftigen Haushaltsjahren zur Auszahlung anstehen, wird auf 5.000.000 € festgesetzt.

Diese Investitionskredite verteilen sich wie folgt:

2023: 5.000.000 €

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2020 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 38.446.000 € festgesetzt.

§ 4 Liquiditätskredite

Liquiditätskredite werden nicht beansprucht.

§ 5 Steuersätze

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
	a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf	280 v. H.
	b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf	390 v. H.
2.	Gewerbsteuer auf	400 v. H.

§ 6 Haushaltssicherungskonzept

Es wurde ein Haushaltssicherungskonzept zum Finanzhaushalt 2020 beschlossen.

§ 7 Stellenplan

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 8 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 HGO wird dem Haupt- und Finanzausschuss die Zuständigkeit für die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in folgenden Fällen übertragen:

Haushaltsteil	Überschreitung des Haushaltsansatzes ab	und / oder absoluter Betrag ab
Ergebnishaushalt / Finanzhaushalt (konsumtiv)	20 %	10.000 €
Finanzhaushalt Investitionen	10 %	100.000 €

Von den genehmigten Haushaltsüberschreitungen ist der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 100 Abs. 1 HGO Kenntnis zu geben.

§ 9 Sperren

Die Haushaltsmittel des Finanzhaushalts für Investitionen - Haushaltsansätze, Haushaltsreste und Verpflichtungsermächtigungen - sind in vollem Umfange gesperrt.

Die Freigabe erfolgt durch den Magistrat.

Übersteigt der Betrag für ein neues Projekt 500.000 €, ist bei Beginn des Projektes die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses einzuholen.

Die bisher erteilten Freigaben aus den Vorjahren behalten ihre Gültigkeit.

§ 10 Auftragsvergabe an den DBM

Dort, wo der Eigenbetrieb DBM über das Know-how und die Kapazitäten verfügt, ist grundsätzlich der Auftrag an den DBM zu vergeben. Ausnahmen bilden solche Aufträge, die zwingend (zum Teil europaweit) der Ausschreibung unterliegen.

Für alle investiven Baumaßnahmen soll im Grün- und Wegebereich die Freigabe nur erfolgen, wenn der DBM beauftragt wird oder wenn begründet erläutert werden kann, warum der DBM nicht beauftragt werden kann.

Marburg,
Der Magistrat

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister